

# RECHT & STEUERN

NEWSLETTER



The German Chamber Network



Deutsch-Brasilianische  
Industrie- und Handelskammer  
Câmara de Comércio e Indústria  
Brasil-Alemanha



## INHALT

### I. DIE RECHTSLAGE BEI BRASILIANISCHEM NACHLASSVERMÖGEN NACH DER NEUEN EU-ERBRECHTSVERORDNUNG

**BRLaw / ANAYA Sociedade de Advogados**

Dr. Beat W. Rechsteiner, LL.M .....4

### II. BIOLOGISCHE VIelfALT IN BRASILIEN: VERÄNDERUNGEN FÜR ZUGANG UND VORTEILSAUSGLEICH DURCH DAS GESETZ 13.123/2015

**Zilveti Advogados**

Ulrike Beiderwellen Bedrikow .....7

### III. DIE BEGLAUBIGUNG AUSLÄNDISCHER DOKUMENTE UND DIE APOSTILLE

**Machado Associados**

Renata Almeida Pisaneschi und Beatriz Cherubini de Lima.....10

### IV. TAX ON SERVICES SHOULD BE INCLUDED IN THE CALCULATION BASIS OF PIS AND COFINS

**Rödl & Partner**

Philipp Klose-Morero und Tiago Tomaszkeski.....12

### V. NEW PROVISIONAL MEASURE PROMOTES REDUCTION OF TAX LITIGATION AND CREATES NEW TAX RETURN ABOUT TAX PLANNING

**Pacheco Neto Sanden Teisseire Advogados**

Raphael de Campos Martins.....16

### VI. EINSTELLUNG VON AUSZUBILDENDEN

**Sonia Marques Döbler Advogados**

Érica Fernandes e Silva Leme und Camila de Moraes Machado .....19

### VII. BRAZIL APPROVES REFORMS TO ARBITRATION LAW

**Rothmann Sperling Padovan Advogados**

Karin Klempp Franco, Glauco Alves Martins und Jessica Satie Ishida.....22

### VIII. WICHTIGE ÄNDERUNGEN IN DER ARBEITS- UND SOZIALGESETZGEBUNG IM JAHR 2015

**Stüssi-Neves Advogados**

Maria Lúcia Menezes Gadotti.....24

### IX. CLARITY ON WITHHOLDING TAX FOR TECHNICAL SERVICE FEES PAID TO A TREATY PARTNER

**PricewaterhouseCoopers**

Julio Oliveira und Jeroen Peters.....28



Dr. Beat W. Rechsteiner, LL.M.  
bwr@brlaw.com.br

**BRLaw / ANAYA Sociedade de Advogados\***  
Alameda Santos, 880, cj. 31 –  
3º andar - Ed. Paulista Atrium  
01418-100 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3149 6700  
F (+55) 11 3284 6509  
[www.brlaw.com.br](http://www.brlaw.com.br)



## Die Rechtslage bei brasilianischem Nachlassvermögen nach der neuen EU-Erbrechtsverordnung

Ist ein Erblasser am oder nach dem 17. August 2015 verstorben, ist in ihrem Anwendungsbereich die EU-Erbrechtsverordnung (EuErbVO) vom 4-7-2012 anwendbar.

Darin wird im Wesentlichen das Internationale Privat- und Zivilverfahrensrecht der EU-Mitgliedstaaten sowie die Anerkennung und Vollstreckung von in anderen EU-Mitgliedstaaten ergangenen bzw. errichteten erbrechtlichen Entscheidungen und Urkunden geregelt.

Im Einzelnen werden in der EuErbVO geregelt: Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen (Kapitel I), Internationale Zuständigkeit in Erbsachen (Kapitel II), Anwendbares Recht (Kapitel III), Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen (Kapitel IV), Annahme und Vollstreckung von öffentlichen Urkunden und Vergleichen (Kapitel V), Europäisches Nachlasszeugnis (Kapitel VI), Übergangsbestimmungen (Kapitel VII).

Eine Vereinheitlichung des Prozess- und materiellen Erbrechts wurde durch die EuErbVO somit in den EU-Mitgliedstaaten nicht angestrebt.

Die EuErbVO gilt in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Ausnahme von Irland, Dänemark und des Vereinigten Königreichs.

In ihrem Anwendungsbereich ist sie allerdings ebenfalls im Verhältnis zu Drittstaaten, also auch Brasilien, anwendbar.

Grundsätzlich wird hinsichtlich der internationalen Zuständigkeit und des anwendbaren Rechts in der EuErbVO an den letzten gewöhnlichen Aufenthalt des Erblassers angeknüpft. Dabei bezieht sich diese Anknüpfung grundsätzlich auf das gesamte weltweite, also auch das im Ausland gelegene Nachlassvermögen.

Subsidiär gilt die gleiche Regel ebenfalls, wenn der Erblasser in einem EU-Mitgliedstaat Nachlassvermögen hinterlässt und er dessen Staatsangehörigkeit besessen hat oder dort vor weniger als fünf Jahren vor Anrufung des Gerichts (nicht des Erbfalls) seinen vorübergehenden gewöhnlichen Aufenthalt hatte. Zuständigkeitsbegründend wirkt in diesem Fall das im EU-Mitgliedstaat gelegene Nachlassvermögen.

Hinterließ ein Erblasser Nachlassvermögen nicht nur in einem EU-Mitgliedstaat, in dem die EuErbVO anwendbar ist, wie z.B. in Deutschland, sondern gleichzeitig auch in Brasilien, so entsteht ein internationaler Zuständigkeitskonflikt

zwischen der EuErbVO und der internationalen Zuständigkeitsregelung in Nachlasssachen nach brasilianischem Recht.

Der Grund dafür liegt darin, dass Brasilien sich für international ausschließlich zuständig erachtet, hier gelegenes Nachlassvermögen zu inventarisieren und zu teilen. Dabei kommt es auf die Staatsangehörigkeit und/oder den letzten Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt des Erblassers nicht an. In diesem Bereich wird Brasilien deshalb keine ausländische Entscheidung auf seinem Staatsgebiet anerkennen, auch nicht aus einem EU-Mitgliedstaat.

Allerdings sieht die EuErbVO für einen solchen Fall vor, dass das in einem EU-Mitgliedstaat angerufene Gericht auf Antrag einer Partei beschließen kann, über die in einem oder mehreren Drittstaaten gelegenen Vermögenswerte nicht zu entscheiden, wenn zu erwarten ist, eine Anerkennung oder Vollstreckung sei in diesen Staaten nicht zu erwarten. Es ist zu hoffen, dass die angerufenen Gerichte in Fällen dieser Art regelmäßig von ihrer internationalen Zuständigkeit zurücktreten werden.

Personen, welche Vermögenswerte in Brasilien besitzen, haben deshalb darauf zu achten, dass seine Behörden und Gerichte im Todesfall für die Nachlassabwicklung ausschließlich international zuständig sind, soweit es sich um hier gelegenes Nachlassvermögen handelt.

Dies bedeutet ferner, dass Brasilien mit Bezug auf das hier gelegene Nachlassvermögen sein eigenes Internationales Privatrecht anwendet. Dabei ist eine Rechtswahl nach brasilianischem Recht unzulässig. Wenn ein deutscher Staatsangehöriger in seinem Testament z.B. erklärt, es sei sein Heimatrecht hinsichtlich der in Brasilien gelegenen Vermögenswerte anzuwenden, wird eine solche Rechtswahl nicht anerkannt.

Auf der anderen Seite erachten sich die brasilianischen Behörden und Gerichte nach der Rechtsprechung der höchsten Gerichte des Landes grundsätzlich international für nicht zuständig, Nachlassvermögen im Ausland ins Nachlassverfahren aufzunehmen.

Hier bestehen somit grundsätzlich keine internationalen Zuständigkeitskonflikte zwischen der EuErbVO und dem brasilianischen Recht. Unter anderem haben deutsche Staatsangehörige demzufolge auch das Recht, mit Bezug auf das anwendbare Recht ihr Heimatrecht zu wählen, sofern es sich um Vermögen in einem EU-Mitgliedstaat handelt; dies im Gegensatz zu Brasilien, das wie bereits erwähnt im Hinblick auf das anwendbare Erbrecht eine Rechtswahl nicht zulässt.

Die EuErbVO hat wichtige rechtliche Auswirkungen auf Personen, welche ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem EU-Mitgliedstaat haben oder dort Vermögenswerte besitzen. Tatsächlich sind die Auswirkungen im Verhältnis zu Brasilien aber nicht so groß, weil die hiesigen Behörden international ausschließlich

**BRLaw / ANAYA Sociedade de Advogados\***  
Alameda Santos, 880, cj. 31 –  
3º andar - Ed. Paulista Atrium  
01418-100 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3149 6700  
F (+55) 11 3284 6509  
[www.brlaw.com.br](http://www.brlaw.com.br)



**BRLaw / ANAYA Sociedade de Advogados\***

Alameda Santos, 880, cj. 31 –  
3º andar - Ed. Paulista Atrium  
01418-100 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3149 6700  
F (+55) 11 3284 6509  
[www.brllaw.com.br](http://www.brllaw.com.br)



zuständig sind, wenn Vermögenswerte des Erblassers im Land gelegen sind. Ausländische Entscheide werden in solchen Fällen nicht anerkannt und können somit auch nicht im Lande vollstreckt werden. Auf der anderen Seite erachten sich die brasilianischen Behörden und Gerichte als für international nicht zuständig bei im Ausland gelegenen Nachlassvermögen. Hier bestehen grundsätzlich somit keine internationalen Zuständigkeitskonflikte.

Daran ändert natürlich nichts, dass Personen mit Vermögenswerten in verschiedenen Staaten ihre Rechtsnachfolge neu überdenken sollten; insbesondere bei gewöhnlichem Aufenthalt und/oder Vermögen in einem oder mehreren EU-Mitgliedstaaten und/oder auch in Drittstaaten wie Brasilien; und zwar unabhängig davon, ob es sich um Staatsangehörige eines EU- oder Drittstaates handelt.

\* Autor der Publikation *So geht's Familien- und Erbrecht in Brasilien*

## Biologische Vielfalt in Brasilien: Veränderungen für Zugang und Vorteilsausgleich durch das Gesetz 13.123/2015

In das neue Gesetz zur Regelung des Zugangs zu genetischen Ressourcen, das die Regelungen aus dem Jahre 2001 ablöst, wird die Erwartung gesetzt, einen Weg aus dem Engpass zu ebnen, in den die bisher geltenden Regelungen geführt hatten.

Auf an internationaler Ebene ist das neue Gesetz als Schritt zu verstehen, der die Ratifizierung des Nagoya-Protokolls ermöglichen kann, dem sich bisher insbesondere der Agrarsektor entgegengesetzt hatte. Vor diesem Hintergrund ist für ausländische Unternehmen auch an das Erfordernis einer due diligence zu denken, das durch die Verordnung Nr. 511/2014 der Europäischen Union eingeführt wurde, um einen Zugang zu genetischen Ressourcen bzw. traditionellen Wissen zu verhindern, der nicht im Einklang mit den nationalen Gesetzen oder sonstigen rechtlichen Anforderungen an den Zugang und zur Aufteilung dessen Vorteils steht.

Vor der Verabschiedung des neuen Gesetzes war die Situation durch die Notwendigkeit gekennzeichnet, vor Beginn jeglichen Vorhabens eine entsprechende Erlaubnis einzuholen. Auch bestand das Erfordernis, die Vereinbarung zur Verteilung der Gewinne/Vorteile bereits vor Beginn der Aktivitäten abzuschließen, wobei die Kriterien für die Verteilung nicht ausreichend gesetzlich definiert waren.

Diese Situation erschwerte die Nutzung der biologischen Vielfalt Brasiliens, behinderte einerseits Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, insbesondere durch Barrieren für Patente und Innovation, trug jedoch andererseits auch nicht zur angemessenen Verteilung der Gewinne/Vorteile bei.

Mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes sind nunmehr wesentliche Erleichterungen sowohl für die Durchführung der Vorhaben als auch deren Vorteilsausgleich verbunden. Für die Mehrheit der Fälle ist jetzt nicht mehr die vorherige Erlaubnis, sondern nur noch die Registrierung erforderlich. Sowohl der genetische Bestand Brasiliens als auch das traditionelle Wissen werden durch das neue Gesetz erfasst. Als genetischer Bestand werden die einheimischen Arten verstanden, wobei auch Mikroorganismen erfasst werden. Der Anwendungsbereich schließt nunmehr ausserdem auch überliefertes Wissen nicht identifizierbaren Ursprunges ein. Für die Registrierung des Zugangs zu traditio-



Ulrike Beiderwellen Bedrikow  
ulrike@zilveti.com.br  
T (+55) 11 3254 5500

Zilveti Advogados\*  
Av. Angélica, 2447 – 17º andar  
01227-200 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3254 5500  
F (+55) 11 3254 5501  
[www.zilveti.com.br](http://www.zilveti.com.br)

**Zilveti** ADVOGADOS

Zilveti Advogados\*  
 Av. Angélica, 2447 – 17o andar  
 01227-200 - São Paulo - SP/Brasil  
 T (+55) 11 3254 5500  
 F (+55) 11 3254 5501  
[www.zilveti.com.br](http://www.zilveti.com.br)

**Zilveti** ADVOGADOS

nellem Wissen identifizierbaren Ursprungs muss zudem eine vorherige Einverständniserklärung der Inhaber des traditionellen Wissens vorliegen.

Der Zugang zu genetischen Ressourcen oder traditionellem Wissen wird durch die Forschung und Entwicklung charakterisiert, wobei damit die blosse Entnahme von Proben ausgenommen wird. In den folgenden Fällen ist eine Registrierung ohne vorherige Erlaubnis vorgesehen:

- Zugang zu genetischen Ressourcen oder traditionellem Wissen durch eine brasilianische natürliche oder juristische Person.
- Zugang zu genetischen Ressourcen oder traditionellem Wissen durch eine im Ausland ansässige juristische Person, die mit einer brasilianischen Gesellschaft eine Partnerschaft unterhält.
- Zugang zu genetischen Ressourcen oder zum traditionellen Wissen im Ausland durch brasilianische natürliche oder juristische Personen.

Für ausländische Unternehmen ist dabei ausdrücklich zu betonen, dass zur Nutzung der genetischen Ressourcen bzw. des traditionellen Wissens zwingend eine Kooperation mit einem brasilianischen Unternehmen erforderlich ist, womit solche Kooperationsvereinbarungen eine grosse Bedeutung erlangen.

Nur in besonderen, eng gefassten Fällen der Notwendigkeit des Schutzes des öffentlichen Interesses ist weiterhin eine vorherige Erlaubnis notwendig.

Die Regelungen zur Gewinnverteilung bzw. Vorteilsausgleiches enthalten Neuerungen, die mehr Klarheit schaffen. Es ist zwischen einem Ausgleich in Geld und einem anderweitigen Ausgleich zu unterscheiden. Das Gesetz sieht einen nationalen Fonds vor, an den die Ausgleichsleistungen gehen, die nunmehr nur auf die Endprodukte erhoben werden, wobei der auslösende Faktor die Wertschöpfung durch die Nutzung der genetischen Ressourcen bzw. des traditionellen Wissens ist. Ausschliesslich das letzte Glied der Kette wird mit der Verpflichtung belegt, den Ausgleich abzuführen. Hierdurch werden Grenzen gesetzt, die eine Duplizierung des Vorteilsausgleiches vermeiden. Ein Prozent des Nettogewinns ist als Vorteilsausgleich abzuführen, allerdings sind alternativ auch sektorielle Vereinbarungen möglich, wobei der abzuführende Prozentsatz um 0,1 bis 0,9 Prozent reduziert werden kann. Im Falle der Nutzung von traditionellen Wissen ist zudem hervorzuheben, dass bei Identifizierbarkeit des Ursprungs die freie Verhandlung des Ausgleichs möglich ist, wobei bei einem Geldausgleich 0,5 % an den nationalen Ausgleichsfonds und bei anderweitigem Ausgleich die Leistungen gänzlich an die Inhaber des traditionellen Wissens gehen.

Die unter die bisherige Gesetzgebung von 2001 fallenden Aktivitäten können zum neuen Regelungsmodell überwechseln, wobei nach der alten Gesetzgebung verhängte Sanktionen im Falle des Zugangs zu genetischem Material und der Erforschung um 90- 100% reduziert werden.

Eine Verstärkung des Schutzes des geistigen Eigentums gegenüber der bisherigen Situation ist beabsichtigt.

Nach der bisherigen Gesetzeslage war das einzuhaltende Verfahren mit erheblicher Bürokratie verbunden, so dass aufgrund der Komplexität der Verfahren zahlreiche Patentverfahren unerledigt anhängig blieben. Nun ist zu erwarten, dass aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen ein Abbau der grossen Anzahl von Prozessen aufgrund einer Reduzierung der Bürokratie gelingen und die Wartezeit bei der Entscheidung über Patentanträge vermindert werden kann. Mittel- und langfristig würde damit zu einem effizienteren Schutz des geistigen Eigentums und auch zu einem höheren Mass an Sicherheit für Forschung und Entwicklung beigetragen.

Die grössere Rechtssicherheit kann dem Ziel dienen, die Kenntnis, den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt zu fördern, indem einerseits die wissenschaftliche Forschung entkriminalisiert und ein Anreiz zu Forschung und Entwicklung geboten sowie die Bioindustrie und die Wettbewerbsfähigkeit unterstützt und andererseits das traditionelle Wissen sowie die traditionellen Gemeinschaften mit Hilfe des Vorteilsausgleiches erhalten werden.

\* Autor der Publikation *So geht's Expat-Guide in Brasilien*

Zilveti Advogados\*  
 Av. Angélica, 2447 – 17o andar  
 01227-200 - São Paulo - SP/Brasil  
 T (+55) 11 3254 5500  
 F (+55) 11 3254 5501  
[www.zilveti.com.br](http://www.zilveti.com.br)

**Zilveti** ADVOGADOS



**Renata Almeida Pisaneschi**  
rpisaneschi@machadoassociados.com.br

**Beatriz Cherubini de Lima**  
blima@machadoassociados.com.br

**Machado Associados**  
Av. Brigadeiro Faria Lima, 1656 – 11º andar  
01451-918 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3819 4855  
[www.machadoassociados.com.br](http://www.machadoassociados.com.br)

**MACHADO ASSOCIADOS**

## Die Beglaubigung Ausländischer Dokumente und die Apostille

Ausländische Urkunden müssen in der Regel vom Konsulat im Ausland beglaubigt werden, damit sie im anderen Staat gültig werden. Außerdem müssen in Brasilien ausländische Dokumente zusammen mit der entsprechenden Übersetzung ins Portugiesische in ein Register von Urkunden und Dokumenten eingetragen werden, um Drittparteien gegenüber wirksam zu werden. Dieses Beglaubigungsverfahren ist oft bürokratisch und zeitaufwendig.

Das Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation (das „Apostille-Übereinkommen“) befreit solche Urkunden von der diplomatischen oder konsularischen Beglaubigung. Nach 50 Jahren seiner Existenz ist es das Übereinkommen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht, das am meisten akzeptiert worden ist. Tatsächlich haben viele Staaten das Apostille-Übereinkommen unterzeichnet bzw. ratifiziert, und in diesen Staaten brauchen die in einem anderen Vertragsstaat verfassten Dokumente keine Beglaubigung. Als Ersatz dafür wird die Apostille benutzt.

Die Apostille ist ein von einer zuständigen Behörde ausgestelltes Zertifikat, das in allen Vertragsstaaten Standard ist. Im Gegensatz zur konsularischen Beglaubigung, die normalerweise eine Vielzahl einzelner Schritte verlangt, ist die Apostille häufig eine einzige Beglaubigung. Seit 2006 wurde ein elektronisches Apostilleprogramm (e-APP) veröffentlicht; damit dürfen elektronische Apostillen ausgestellt werden, was das Apostilleverfahren noch mehr vereinfachen und sicher machen soll.

Die Apostille wird auf öffentliche Urkunden angewandt, die in einem Vertragsstaat ausgestellt worden und in einem anderen Vertragsstaat vorgelegt werden sollen. In diesem Sinne sind öffentliche Urkunden: (i) die Urkunden eines Gerichts oder einer Amtsperson als Organ der Rechtspflege, (ii) die Urkunden der Verwaltungsbehörden, (iii) die notariellen Urkunden und (iv) die amtlichen Bescheinigungen, die auf Privaturkunden angebracht sind.

Andererseits ist die Apostille weder auf Urkunden, die von diplomatischen oder konsularischen Vertretern ausgestellt worden sind, noch auf Urkunden der Verwaltungsbehörden, die sich unmittelbar auf den Handelsverkehr oder auf das Zollverfahren beziehen, anzuwenden.

Bis vor kurzem hatte Brasilien das Apostille-Übereinkommen noch nicht ratifiziert, und die regelmäßigen bürokratischen Beglaubigungsverfahren mussten auf ausländische Dokumente, die in Brasilien vorgelegt werden sollten, und auf brasilianische Urkunden, die im Ausland gelten sollten, angewandt werden. Am 12. Juni 2015 aber hat der Brasilianische Kongress dem Apostille-Übereinkommen zugestimmt; die entsprechende Gesetzesverordnung Nr. 148 wurde am 7. Juli 2015 veröffentlicht. Es muss anschließend noch von der Präsidentin genehmigt werden, und die Beitrittsurkunden sind danach beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu hinterlegen.

Gemäß Artikel 12 des Apostille-Übereinkommens wird es zwischen dem beitretenden Staat und den Staaten, die gegen den Beitritt keinen Einspruch erhoben haben, am sechzigsten Tag nach dem Ablauf einer sechsmonatigen Frist in Kraft treten.

Für Brasilien ist der erwartete Beitritt zu dem Apostille-Übereinkommen ein Fortschritt in Richtung der Wettbewerbsfähigkeit und der Vereinfachung bürokratischer Verfahren. Dies kann als ein Beitrag zur Förderung internationaler Geschäfte gewertet werden.

**Machado Associados**  
Av. Brigadeiro Faria Lima, 1656 – 11º andar  
01451-918 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3819 4855  
[www.machadoassociados.com.br](http://www.machadoassociados.com.br)

**MACHADO ASSOCIADOS**



**Philipp Klose-Morero**  
 Managing Director – Rödl & Partner  
 São Paulo  
 philipp.klose-morero@roedl.pro  
 T (+55) 11 5094 6060



**Tiago Tomaszewski**  
 Head of Tax – Rödl & Partner São Paulo  
 tiago.tomaszewski@roedl.pro  
 T (+55) 11 5094 6060

**Rödl & Partner\***  
 Av. Portugal, 38 (Brooklin)  
 04559-000 - São Paulo - SP/Brasil  
 T (+55) 11 5094 6060  
[www.roedl.de](http://www.roedl.de)



## Tax on Services should be included in the calculation basis of PIS and COFINS

In a lawsuit filed by an advertising and communication company, the Superior Court of Justice, by the majority of votes, decided that the Tax on Services (ISS) should be included in the calculation basis of the contributions PIS and COFINS.

According to the decision the Tax on Services, although being a municipal tax, includes the price of goods or services and is considered as revenue.

The company argued that the revenue results of the sale of goods or services, other than revenue, which is definitively part of the company's assets. However, the decision indicates that a Tax on Services is part of the gross income of the company and that the Federal Constitution only prohibits an inclusion of a tax on the calculation basis of another one, with respect to the VAT (ICMS). In this sense for example even the incidence of Tax on Services on Tax on Services has been recognized. The incidence of tribute on tribute, or tax on tax, is therefore lawful, unless there is constitutional provision otherwise.

This victory of the National Treasury has had a huge impact on the public finances. According to the Brazilian Institute of Planning and Taxation (IBPT), it brought a return of R\$7,8 billion to taxpayers and a decrease of annual revenues of R\$750 million.

## Reducing bureaucracy in consultation processes on SISCOSERV

A Regulatory Instruction of the Federal Revenue has been published in order to simplify the procedures regarding the filing of consultations on rating services, intangibles and other international operations with asset variation in the SISCOSERV system.

The companies that give wrong information on the classification of the NBS on SISCOSERV regarding its operations, can be fined up to R\$ 1.500,00. To avoid such fines, a consultation can be filed before the Federal Revenue in order to classify the operation according to the facts therein brought forward.

Before the publication of the Regulatory Instruction 1.567 in mid-June, it was required to individualize each consultation by its operation. With the new wording, it is possible to consult the classification of several related transactions. This way, the filing of several consultations that may reasonably be treated together, is not necessary anymore.

## Overtime payments are to be made to a bank holding management position

An unanimous decision of the Superior Labor Court (TST) recently admitted the payment for overtime work to an employee to a bank that holds the position of an office manager.

In the particular case, the employee worked as a commercial manager with customer-related issues in order to prospect businesses and commercialize papers. He had subordinates, was authorized to sign for the company and had a key to the agency. However, the agency was organized in a way that divided the management of the commercial sector from the management of the administrative sector. The particular employee did not exercise the highest authority in the agency.

The reporting judge of the particular case, in agreement with the panel, argued that very high management and representation powers were necessary to define a position of trust, that can be excluded from paying overtime hours. According to the judgment, "there must be the exercise of independent acts of the employer's sphere, since the rule [Article 62, II of the Labor Code, trust positions] only applies to employees who fully control the business unit and not just part of it."

The employers, a bank, appealed against the decision, which ensured the manager the right to overtime hour payments. The case is still pending.

## Paraná State REFIS (Federal Tax Recuperation Program) regulation

Paraná State Law No. 18.846 was published on 30th April 2015 and created the PPI (Installment Incentive Program) and the PPD (incentive debts program).

In order to regulate this legislation, Decrees No. 1931 and 1932 were published on 20th July 2015, with the details and technical procedures for the installment plan, allowing taxpayers to renegotiate their debts. Interested taxpayer should join the PPD and the PPI until 30th September 2015.

PPI is addressed to ICMS credits, with taxable events until 31st December 2014, constituted or not, enrolled or not in outstanding debt, even when taken to court. PPD is about IPVA (Vehicle Tax) and ITCMD (tax on causa mortis transmission and donation of any property or right ) debts with taxable events occurred

**Rödl & Partner**  
 Av. Portugal, 38 (Brooklin)  
 04559-000 - São Paulo - SP/Brasil  
 T (+55) 11 5094 6060  
[www.roedl.de](http://www.roedl.de)

Rödl & Partner

Rödl & Partner  
 Av. Portugal, 38 (Brooklin)  
 04559-000 - São Paulo - SP/Brasil  
 T (+55) 11 5094 6060  
[www.roedl.de](http://www.roedl.de)

Rödl & Partner

until 31st December 2014, such as charges of any kind and origin, administrative fines for non-tax, from any source as well as contractual fines due by 31st December 2014.

In general, a reduction of 75% on the fine and 60% on the interest applies to debts due until December 2014, if paid in cash, whether included or not in state collectible debt.

For payments in up to 120 monthly installments, the reductions can be up to 50% of the fine and 40% of the interest, depending on the chosen term, adjusted monthly by the Selic rate.

Still, the minimum value of each installment may not be less than R\$100,00 (one hundred reais) for individuals and R\$500,00 (five hundred reais) for companies.

According to the Decree, the option for the payment of debts by monthly installments requires that taxpayers sign a direct debit authorization for the payment on an account of a participating bank.

### ICMS (State VAT): changes regarding the Constitutional Amendment No. 87/2015

The state of São Paulo was the first to adapt the new rules brought by the Constitutional Amendment No. 87/2015 published on 16th April 2015, which treats about the collection of operations related too State VAT (ICMS).

The State Law No. 1.856 was published on 3rd July 2015 and shall become effective on 1st January 2016. Thus, the rates of State VAT on interstate operations to non-taxpayers will be 12% to the person located in the South and Southeast; and 7% to the person located in the North, Northeast and Midwest and in the state of Espírito Santo.

The legislation also includes a progressive implementation of this rule, regarding the proration of the rates. In 2016 it will be of 40% for the state of destination and 60% for the state of origin, increasing every by 20% towards the state of destination, thus reaching 100% for the state of destination in 2019.

Therefore, the change does not only affect the e-commerce, but all trade with non-residents in the respective state.

The remaining states must also adjust until the end of 2015, otherwise, legal problems may arise. If one state adapts to the new rule, and another one doesn't, there is a risk of goods being seized at the interstate barriers

### Paraná State Decree grants benefits regarding State VAT

The Decree No. 1.790 published on 6th July 2015 modified the VAT rules of the state of Paraná. Directives Benefits considered unconstitutional by the Direct Action of Unconstitutionality No. 4.481 were removed.

The judgment addresses the unconstitutionality of the tax benefits for imports through the ports and airports of the State of Parana, which were granted unilaterally.

However, Decree No. 1.817, published on the day following to Decree No. 1.790, focused on maintaining competitiveness on imports by industrial establishments in the state. Thus, this decree grants similar benefits to the usually practiced.

Meanwhile the new decree replaced the new benefits to those granted in the Paraná State VAT Rules, which were declared unconstitutional by the Federal Supreme Court. In other words, this Decree reestablished the alleged credit arising from inputs of imports equivalent to 6% of the assessment basis value of the import operation, which results in minimum tax rate of 6%.

Therefore, the payment of tax at the time of the outputs of processed products remains suspended. The authorization still was maintained for the cumulative application with the partial deferral under the Paraná State VAT Rules

\*Autor der Publikationen *So geht's Besteuerung von Unternehmen in Brasilien* und *So geht's Buchhaltung in Brasilien*

Rödl & Partner  
 Av. Portugal, 38 (Brooklin)  
 04559-000 - São Paulo - SP/Brasil  
 T (+55) 11 5094 6060  
[www.roedl.de](http://www.roedl.de)

Rödl & Partner



**Raphael de Campos Martins**  
 rmartins@pnst.com.br  
 T (+55) 11 3897 4400

**Pacheco Neto Sanden Teisseire Advogados\***

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar  
 01422-001 - São Paulo - SP/Brasil  
 T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177  
 F (+55) 11 3063 6176  
[www.pnst.com.br](http://www.pnst.com.br)

PACHECO NETO  
 SANDEN  
 TEISSEIRE  
 Advogados

## New Provisional Measure promotes reduction of tax litigation and creates new tax return about tax planning

It was enacted on July 22nd, 2015, Provisional Measure n. 685 (PM 685/2015). This PM, on the same direction as others recently enacted, came into force with the objective of increasing tax revenue by the Federal Government. It was created the (i) PRORELIT (Programme for the Reduction of Tax Litigation) and a (ii) new tax return regarding legal transactions that lead to suppress, reduce or defer taxation.

In relation to item (i), PRORELIT allows that a taxpayer with tax debts overdue by June 30th, 2015 and under administrative or judicial litigation procedures either on Administrative Tax Courts or Judicial Courts, through filling a request, waive the right to proceed with the litigating procedures and use its tax losses of Corporate Income Tax (CIT) assessed until the December 31st, 2013 and declared on a tax return by June 2015 to off-set the related tax debts being litigated.

The PRORELIT allows also that the taxpayer use the tax losses of controlling and controlled entities (either through equity ownership or Shareholders Agreement) if it was used up its own tax losses. In both cases, the taxpayer could use its tax losses to off-set up to 57% (fifty seven percent) of litigated debt as long as it pays the remaining amount in kind.

It should be stressed, however, that the tax authorities preserve the right to evaluate the tax losses presented for off-setting. Hence, in case the tax authorities deny the right to use those tax losses, the taxpayer would have 30 days to pay the remaining amount.

Considering that the taxpayer who signs up for PRORELIT must confess the debts being litigated, it is paramount to conduct a previous analysis of the quality of the tax losses to be used so as to avoid that the signing up to PRORELIT triggers full payment of a debt which could be still under litigating procedures.

In relation to item (ii), the new tax return about legal transactions that could lead to suppression, reduction of postponement of taxation will be due only when further regulated by the federal tax authorities.

Having filled this new tax return, the tax authorities may determine that it does not allow the legal acts or transactions conducted and will notify the taxpayer to pay the full amount it understands to be due in 30 days. Moreover, in case a tax

planning is detected afterwards and it was not informed to the tax authorities, according to the PM, the taxpayer will be considered to have committed fraud (for purpose of setting the corresponding fine).

Therefore, according to the PM, it is possible that the taxpayer is mandated to pay a fine in excess of 150% of the taxes that the tax authorities understand to be due.

Even though such innovation goes in the direction of the Governments intent to increase tax revenue and, thus, inhibit the use of legal transactions that results in a reduced amount of tax payment, it clearly raises some questions.

Firstly, as per the PM, any transaction should be informed when the acts or legal transactions conducted do not hold any relevant reason other than tax reduction or the adopted form is not usual, or even if it conducts an indirect legal transaction or it contains clause that compensates, even partially, the effects of a typical contract.

As one can see, the PM adopts extremely vague definitions and criteria that even currently have not been fully defined either by the tax authorities and or the courts.

Secondly, as per current precedents (administrative and judicial), the burden of proof for fraud lies with the tax authorities. In other words, it must be proven.

Surely, these and other issues will be subject to relevant debate, especially after further regulation by the tax authorities.

## The illegality of the ICMS assessment over public fees on the transmission and distribution of energy.

The volume of rulings granted by several courts on the country, aligned with the current understanding of the Superior Court of Justice, have motivated consumers to file lawsuits seeking to see declared (and therefore not due) the inclusion of two public fees (Fee for the Use of Electric Systems - TUSD and Fee for the use of Electric Transmission Systems – TUST) on the calculated basis of ICMS.

The exclusion of such public fees for the calculation basis of ICMS is justified because there is no legal relation between these fees and tax triggering event of ICMS (which is the effective consume of energy) because such fees are due on the installation and maintenance of equipment (hence, before de ICMS triggering event) and not on the effective consume of energy.

**Pacheco Neto Sanden Teisseire Advogados\***

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar  
 01422-001 - São Paulo - SP/Brasil  
 T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177  
 F (+55) 11 3063 6176  
[www.pnst.com.br](http://www.pnst.com.br)

PACHECO NETO  
 SANDEN  
 TEISSEIRE  
 Advogados

**Pacheco Neto Sanden Teisseire  
Advogados\***

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar  
01422-001 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177  
F (+55) 11 3063 6176  
[www.pnst.com.br](http://www.pnst.com.br)

PACHECO NETO  
SANDEN  
TEISSEIRE  
Advogados

Moreover, it should be noted, for example, that the assignee responsible for the distribution and transmission of energy, when acting as merely allowing the transfer of energy on its network (between a “free consumer” and a supplier of its choice do not engage in the buying and selling of energy.

The STJ precedents is uniform in favor of the taxpayer in the sense that the public fees TUST and TUSD are not part of the calculation basis for ICMS and indeed apply Understanding n. 391 of the STJ. Nevertheless, such decisions only apply to taxpayers that decided to file lawsuits.

As such, in order to enjoy this reduction of their ICMS levied of consume energy, taxpayers must file lawsuits claiming the exclusion of public fees TUSD and TUST from the tax basis of ICMS.

\* Autor der Publikation *So geht's Die Limitada in Brasilien*

## Einstellung von Auszubildenden

Die Verpflichtung, Auszubildende einzustellen, ist nicht neu. Dennoch sind Unternehmen überrascht, wenn das Arbeitsministerium eine Überprüfung durchführt, weil sie die in der einschlägigen Gesetzgebung bestimmte Ausbildungsquote nicht einhalten.

Das Arbeitsgesetzbuch (CLT - Consolidação das Leis do Trabalho) legt in Artikel 429 fest, dass alle Betriebe jeglicher Art verpflichtet sind, „mindestens 5% (fünf Prozent) und höchstens 15% (fünfzehn Prozent) ihrer Arbeitnehmer, deren Funktionen eine berufliche Ausbildung voraussetzen, in den Kursen der Berufsbildungswerke (Serviços Nacionais de Aprendizagem) anmelden“ müssen. Davon ausgenommen sind Mikro- und Kleinunternehmen sowie Unternehmen, deren Tätigkeit keine berufliche Ausbildung der Mitarbeiter voraussetzt. Diese Unternehmen müssen keine Auszubildenden einstellen.

Das Gesetz sieht weiterhin vor, dass Unternehmen mindestens 7 (sieben) Mitarbeiter in Funktionen beschäftigen müssen, die eine Berufsbildung voraussetzen; dann greift die Pflicht zur Einstellung von Auszubildenden. Um festzustellen, ob die Ausübung einer bestimmten Tätigkeit eine Berufsbildung voraussetzt oder nicht, muss ein Unternehmen eine sorgfältige Analyse der Belegschaft vornehmen und die CBO-Ziffern (Código Brasileiro de Ocupações, Klassifikation der Berufe) prüfen, die im Einstellungs- und Entlassungsverzeichnis (Cadastro geral de Empregados e Desempregados - CAGED) des Unternehmens festgehalten sind. Die Bezeichnung der ausgeübten Funktionen spielt dabei keine Rolle.

Das CAGED ist ein laufendes Verzeichnis der Einstellungen und Entlassungen, das online geführt wird und in dem die Unternehmen selbst ihre Daten einpflegen. Es ist die Grundlage für die Ausarbeitung von Studien, Forschungsarbeiten, Projekten und Programmen, die mit dem Arbeitsmarkt in Zusammenhang stehen, und wird bei der Entwicklung von Regierungsprojekten eingesetzt. Außerdem greifen die Arbeitslosenversicherung und andere Sozialprogramme auf die Daten zurück. Im CBO werden die Berufe aufgelistet und beschrieben, die es auf dem Arbeitsmarkt gibt; das Verzeichnis wird von Regierungsbehörden wie z.B. dem Arbeitsministerium und dem Statistikinstitut IBGE zu statistischen und klassifikatorischen Zwecken genutzt.

Bei Berechnung der Anzahl von Auszubildenden, die ein Unternehmen einstellen muss, sind folgende Mitarbeiter allerdings ausgeschlossen, auch wenn sie eine Funktion ausüben, die eine berufliche Ausbildung voraussetzt: (i) Mitarbeiter, die eine Vertrauensposition oder eine leitende/geschäftsführende Position ausfüllen; (ii) Mitarbeiter in Funktionen, die per Gesetz eine Berufsfach- oder eine Hochschulausbildung erfordern; (iii) vorübergehend eingestellte Mitarbeiter; und (iv) bereits eingestellte Auszubildende.



**Érica Fernandes e Silva Leme**  
erica.silva-leme@dobler.com.br



**Camila de Moraes Machado**  
camila.machado@dobler.com.br

**Sonia Marques Döbler  
Advogados\***  
Rua Dona Maria Paula, 123  
19º andar - Edifício Main Offices  
01319-001 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3105 7823  
[www.dobler.com.br](http://www.dobler.com.br)

SONIA MARQUES  
DÖBLER Advogados

Sonia Marques Döbler

Advogados\*

Rua Dona Maria Paula, 123  
19º andar - Edifício Main Offices  
01319-001 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3105 7823  
[www.dobler.com.br](http://www.dobler.com.br)

SONIA MARQUES  
DÖBLER Advogados

Um Auszubildende einzustellen, die zwischen 14 und 24 Jahre alt sein müssen, können die Unternehmen ein Abkommen mit den Institutionen der Berufsbildungswerke schließen, z.B. mit dem SENAI, SENAC, SENAT, SENAR oder dem SESCOOP (Berufsbildungswerk der Industrie, des Handels, der Transportunternehmen, der Landwirtschaft bzw. der Genossenschaften); falls dort nicht die benötigten Kurse angeboten werden oder keine Plätze frei sind, kann ein Abkommen geschlossen werden mit anderen qualifizierten Institutionen, deren Kurse im Berufsbildungsverzeichnis des Arbeitsministeriums als zulässig genannt sind.

Die Arbeitszeit von Auszubildenden liegt gemäß Arbeitsgesetzbuch, Artikel 432, bei maximal 6 (sechs) Stunden für Auszubildende, die die Primarstufe und/oder die Sekundarstufe I besuchen, und bei 8 (acht) Stunden für Auszubildende, die die Sekundarstufe I bereits abgeschlossen haben. Einberechnet werden dabei die Stunden in der praktischen und theoretischen Ausbildung, so dass beispielsweise nicht vereinbart werden darf, dass an einem Arbeitstag 8 (acht) Stunden lang nur praktische Tätigkeiten ausgeführt werden. Unternehmen, die die Regelungen zur Arbeitszeit von Auszubildenden nicht korrekt einhalten, riskieren, dass bei einer eventuellen arbeitsrechtlichen Klage der mit dem Auszubildenden geschlossene Vertrag als unbefristeter Arbeitsvertrag ausgelegt wird, mit allen rechtlichen Konsequenzen.

Wenn ein Unternehmen ein Abkommen mit einem der Berufsbildungswerke schließt, sind die theoretischen Kurse für das Unternehmen mit keinerlei Kosten verbunden, da die Berufsbildungswerke über obligatorische Beiträge finanziert werden, die monatlich von den Unternehmen an diese abgeführt werden. Falls die Kurse in anderen als den oben genannten Institutionen durchgeführt werden, trägt das Unternehmen die finanziellen Kosten.

Die Bezahlung der Auszubildenden berechnet sich normalerweise auf Grundlage des Mindestlohns. Dabei muss das Unternehmen allerdings auch darauf achten, ob der für die Kategorie geltende Tarifvertrag spezifische Richtlinien für die Bezahlung von Auszubildenden enthält.

Die Überprüfung durch das Arbeitsministerium (MTE - Ministério do Trabalho e do Emprego) findet jährlich statt. Es besteht also alle 12 (zwölf) Monate die Möglichkeit, dass ein Unternehmen aufgefordert wird, aktuelle Unterlagen vorzulegen, damit überprüft werden kann, ob die Unterlagen ordnungsgemäß geführt werden und ob das Unternehmen junge Auszubildende beschäftigt. Bei Nichteinhaltung dieser gesetzlichen Verpflichtung wird eine Geldbuße erhoben, in Höhe von R\$ 402,53 (vierhundertundzwei Reais und dreiundfünfzig Centavos) pro Auszubildendem, den das Unternehmen beschäftigen müsste, aber nicht beschäftigt. Diese Geldbuße ist im Arbeitsgesetzbuch, Artikel 434, vorgesehen, und wird so oft verhängt, wie es nötig ist, bis Auszubildende eingestellt werden. Bei wiederholten Verstößen kann die Geldbuße verdoppelt werden.

Das Arbeitsministerium überprüft die Einhaltung der Ausbildungsquote sehr gründlich. Deshalb müssen Unternehmen darauf achten, dass sie je nach Art ihrer Tätigkeit und ihrer Belegschaft die Normen zur Beschäftigung von Auszubildenden erfüllen. Wenn Unternehmen vorausschauend handeln, vermeiden sie nicht nur eventuelle Geldbußen, sondern auch das Risiko, zur Festanstellung der Auszubildenden gezwungen zu werden.

\* Autor der Publikation *So geht's M&A in Brasilien*

Sonia Marques Döbler

Advogados\*

Rua Dona Maria Paula, 123  
19º andar - Edifício Main Offices  
01319-001 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3105 7823  
[www.dobler.com.br](http://www.dobler.com.br)

SONIA MARQUES  
DÖBLER Advogados



**Karin Klempp Franco**  
kklempp@rothmann.com.br  
T (+55) 11 3704-0781



**Glauco Alves Martins**  
gmartins@rothmann.com.br  
T (+55) 11 3704-0780



**Jessica Satie Ishida**  
jishida@rothmann.com.br



## Brazil approves reforms to Arbitration Law

On May 26, 2015, Law no. 13.129/2015, which partially reformed Brazilian Arbitration Law (Law no. 9.307/1996), was enacted, after two years of being discussed by the Congress. The new provisions came into force on July 25, 2015.

Brazilian Arbitration Law was designed back in the nineties based on UNCITRAL's model law and has always been considered modern and adequate by specialists. Practitioners were afraid that the reform of the Arbitration Law would retrocede relevant developments Brazil reached on arbitration since the recognition by Brazilian Supreme Court back in 2002 of arbitrations' constitutionality as a method for conflict resolution. This was not the case.

The enactment of Law no. 13.129/2015 finally formalizes some case law constructions, such as the possibility of applying the arbitration process in conflicts involving the public administration.

Although the Superior Court of Justice has already allowed arbitration involving public administration in some occasions (especially in cases concerning the public administration acting as a business enterprise, i.e. rendering services and manufacturing or marketing goods and as partner of private business entities), this possibility was not formally allowed by the pre-reform legislation. Thus, the new Arbitration Law establishes that arbitration may be used to settle any disputes concerning waivable property rights of the public administration. The exceptions are disputes involving the public interest, which cannot be waived and, therefore, cannot be settled by arbitration.

Another interesting modification is related to the insertion of the arbitration convention within the articles of association of a corporation, provided that the shareholder's meeting approves this measure. With the exception of some cases, the dissenting shareholder on the deliberation that approves such insertion shall have the right to withdraw from the corporation upon payment of the value of his shares.

New provisions regarding provisional and urgent remedies were added to the original Arbitration Law, expressly allowing the parties to pursue such remedies before a court prior to the beginning of the arbitration, which right was already recognized by case law. Once the arbitration proceeding has begun, those remedies must be required directly to the arbitral tribunal, who, in turn, may request, by means of an "arbitration letter", that the court enforces the measures decided by the arbitral tribunal.

The new law also attempted to bring more flexibility of the parties on the choice of the arbitrators. The reform added paragraph 4th to the existing article 13 of Arbitration Law, allowing the parties to choose arbitrators not ranked in the respective arbitration chambers' list. Nevertheless, the same paragraph 4th sets forth the arbitration chamber's right to control the choice made by the parties. Finally, the new law establishes that arbitration interrupts the statute of limitations (new paragraph 2nd to article 19 of Arbitration Law).

The newly enacted law did not succeed in ruling relevant issues that were at stake during the discussions on the bill of law, such as the use of arbitration in labor and consumer disputes. The initial draft of the bill established that arbitration could be used to settle consumer disputes in general. Consumers should agree to arbitration twice: upon execution of the agreement and also upon the beginning of the arbitration proceeding - otherwise, the arbitration clause would not have been considered effective. The initial bill of law also established that arbitration could be used to solve labor-related disputes involving officers of a company, provided that the officer agrees with the arbitration prior to the beginning of the respective arbitration proceeding.

However, the possibility of using arbitration in consumer and labor disputes was removed from the new law by the veto from President Dilma Roussef. As a result, the question on the arbitrability of those disputes in Brazil remains unanswered. It is worth to mention that the majority of Labor Courts' case law understands that labor disputes cannot be subject to arbitration, except for a few cases involving highly ranked officers.

In general, the new law has been welcomed among specialists. It is understood as to have expanded the application of the Arbitration Law in a positive way, as well as to have brought new possibilities of enforcement of the arbitral tribunal's orders. Since one of the biggest problems of Brazilian courts is the judicial backlog, the use of arbitration has been greatly encouraged over the last few years and shall continue to be encouraged in the next decades. However, it is undeniable that Law no. 13.129/2015 missed the opportunity to address relevant matters, such as the possibility of using the arbitration for labor and consumer disputes.

\* Autor der Publikation *So geht's im internationalen Steuerrecht Brasiliens (zu)*

**Rothmann Sperling Padovan Advogados\***  
Av. Nove de Julho, 4.939, 6º andar  
01407-200 – Jardim Paulista – São Paulo/SP  
T (+55) 11 3704 0788  
[www.rothmann.com.br](http://www.rothmann.com.br)





**Maria Lúcia Menezes Gadotti**  
Partnerin im Bereich Arbeits- und Sozialrecht  
marialucia.gadotti@stussineves.com.br  
T (+55) 11 3093 6636

**Stüssi-Neves Advogados\***  
Rua Henrique Monteiro, 90 - 10º andar  
05423-020 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3093 6612  
F (+55) 11 3097 9130  
[www.stussi-neves.com](http://www.stussi-neves.com)

**Stüssi-Neves**  
**Advogados**

## Wichtige Änderungen in der Arbeits- und Sozialgesetzgebung im Jahr 2015

Im brasilianischen Arbeits- und Sozialecht gab es seit Beginn des Jahres 2015 mit dem Erlass der Medidas Provisórias Nr. 664 und 665, die im Juni in die Gesetze Nr. 13135 bzw. 13134 umgewandelt wurden, erhebliche Veränderungen. Unter anderem wurden einige Sozialleistungen wie Kranken- und Arbeitslosengeld eingeschränkt.

Hinzu kam der Erlass 945 des Arbeitsministeriums, durch den die Regeln über die Arbeit an Sonn- und Feiertagen geändert und die Möglichkeit ihrer Festlegung ohne Beteiligung des Staates flexibilisiert wurde.

In diesem Artikel werden wir auf deren rechtliche Konsequenzen eingehen.

### Krankengeld

Durch die Medida Provisória Nr. 664 wurde der Zeitraum der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch das Unternehmen von 15 auf 30 Tage verlängert.

In dem aus dieser Regelung resultierenden Gesetz Nr. 13135 wurde diese Änderung jedoch nicht übernommen, sondern der ursprüngliche Wortlaut des Artikels 59 des Gesetzes Nr. 8213/1991 beibehalten. Die Unternehmen sind nun wieder zur Zahlung des Krankengelds lediglich für die ersten 15 Tage der Krankenschreibung verpflichtet.

Durch die Rückkehr zum vorherigen Zustand wurde diese unvorhergesehene Belastung für die Unternehmen beseitigt, es bleibt bei den ursprünglichen Kosten.

### Arbeitslosengeld

Durch die Medida Provisória Nr. 665 wurde die Sperrfrist von mindestens 6 Monaten ununterbrochener Tätigkeit vor der Beendigung der Anstellung für den Erhalt von Arbeitslosengeld beseitigt und zeitliche Parameter für dessen Gewährung auf der Grundlage von Leistungen gleicher Art eingeführt: i) für die erste Leistung: Mindestbeschäftigungszeit von eineinhalb Jahren, ii) für die zweite ein Jahr, und iii) für die dritte sechs Monate. Im Gesetz Nr. 13134, das diese Regelung konvertiert hat, wurden die eingefügten Modifikationen teilweise übernommen und als Mindestfristen für den ersten, zweiten bzw. dritten Antrag ein Jahr bzw. 9 Monate und 6 Monate festgelegt.

Bei dieser von der Sozialversicherung gezahlten Leistung führen die strengeren Regeln für deren Gewährung unzweifelhaft zu einer Ersparnis für die öffentlichen Kassen und sehr wahrscheinlich auch zu Änderungen am Arbeitsmarkt.

### Arbeit an Sonn- und Feiertagen

Durch den Erlass Nr. 945 des Arbeitsministeriums wurde eine neue Modalität der temporären Genehmigung der Arbeit an Sonn- und Feiertagen eingeführt, für die ein spezifischer Tarifvertrag zwischen dem Unternehmen und der Gewerkschaft abgeschlossen wird. Die bisherige Form der Genehmigung durch das Arbeitsministerium bleibt unter Beachtung der ausdrücklich im Gesetz genannten und hier behandelten Bedingungen in Kraft.

Nach dem genannten Erlass gibt es zwei Formen der temporären Genehmigung, eine mit direkter staatlicher Intervention und die andere mit indirekter staatlicher Beteiligung. Die Tarifverträge können von den Parteien ausgehandelt werden, es gelten allerdings Mindestinhalte. Die betreffende Vereinbarung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Registrierung, die es dem Arbeitsministerium erlaubt einzugreifen, sofern dies aus dessen Sicht erforderlich ist.

Vor dem Abschluss der Vereinbarung müssen die Parteien die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung durch das Unternehmen (Zugang zu den vom Arbeitsministerium ausgestellten Bescheinigungen) und die Anzahl oder Schwere eventueller Krankheiten und Arbeitsunfälle in Bezug zum Durchschnitt des Wirtschaftssektors prüfen, dem der Arbeitgeber angehört (unter Verwendung der Informationen des Sozialministeriums).

Kommen die Beteiligten nach Prüfung der vorgenannten Bedingungen zu dem Schluss, dass ein Tarifvertrag für die vorübergehende Genehmigung in Betracht kommt, muss die betreffende Vereinbarung zwingend folgende Punkte enthalten:

- (a) einen im Einvernehmen mit der Gewerkschaft zu definierenden Schichtplan,
- (b) Arbeitszeiten an den Tagen, die keine Werktag sind,
- (c) spezifische arbeitsmedizinische Bedingungen für gesundheitsgefährdende und gefährliche Aktivitäten;
- (d) Wirkungen des Tarifvertrags im Fall der Aufhebung der befristeten Genehmigung.

Neben dem vorgenannten Mindestinhalt kann die Gewerkschaft Sonderbedingungen für den Abschluss des Tarifvertrages festlegen, wie zusätzlichen Kündigungsschutz, Verbesserung von Sonderleistungen und höhere Überstundenzuschläge.

**Stüssi-Neves Advogados\***  
Rua Henrique Monteiro, 90 - 10º andar  
05423-020 - São Paulo - SP/Brasil  
T (+55) 11 3093 6612  
F (+55) 11 3097 9130  
[www.stussi-neves.com](http://www.stussi-neves.com)

**Stüssi-Neves**  
**Advogados**

**Stüssi-Neves Advogados\***  
 Rua Henrique Monteiro, 90 -  
 10º andar  
 05423-020 - São Paulo - SP/Brasil  
 T (+55) 11 3093 6612  
 F (+55) 11 3097 9130  
[www.stussi-neves.com](http://www.stussi-neves.com)

**Stüssi-Neves  
 Advogados**

Die Registrierung des Tarifvertrages führt zur unverzüglichen Erteilung der temporären Genehmigung. Diese endet i) mit Ablauf der Laufzeit des Tarifvertrages oder ii) durch eine Aufhebungsvereinbarung der Parteien.

Die Genehmigung kann vom Arbeitsministerium basierend auf einem Inspektionsbericht nach Anhörung des Unternehmens jederzeit aufgehoben werden bei i) Nichterfüllung des Tarifvertrages, ii) Verstoß gegen den vorliegenden Erlass, iii) wiederholtem Verstoß gegen Bestimmungen zur Arbeits- und Ruhezeit, iv) überdurchschnittlicher Anzahl oder Schwere von Krankheiten oder Arbeitsunfällen im Vergleich zu dem Wirtschaftssektor des Unternehmens.

Für die Genehmigung der Arbeit an Sonn- und Feiertagen durch das Arbeitsministerium, die bis zu zwei Jahre gültig ist, muss das Unternehmen folgende Unterlagen einreichen:

- (a) technisches Gutachten mit einer Gültigkeit von vier Jahren, ausgearbeitet von einer Bundes-, Landes oder Gemeindeinstitution mit der Begründung der technischen Notwendigkeit und der Angabe des Sektors,
- (b) Schichtenplan, der alle drei Wochen mindestens einen Ruhetag an einem Sonntag vorsieht,
- (c) Nachweis der Mitteilung an die Gewerkschaft mindestens fünfzehn Tage vor der Einreichung des Antrags beim Arbeitsministerium und schließlich,
- (d) Antwort der zuständigen Gewerkschaft, innerhalb von fünfzehn Tagen, wenn eine solche vorliegt.

Der Erlass sieht die Möglichkeit vor, dass die Gewerkschaft beim Arbeitsministerium direkt Einspruch gegen die Genehmigung der Arbeit an Sonn- und Feiertagen einlegt. Dieser Einspruch braucht dem Antragstellerunternehmen nicht vorgelegt zu werden.

Für die Erteilung der Genehmigung prüft das Arbeitsministerium, ob gegen das Unternehmen Verfahren wegen des Verstoßes gegen die maximale Arbeitszeit oder die Pausenzeiten bzw. die Überschreitung der Häufigkeit oder Schwere von Krankheiten oder Arbeitsunfällen des betreffenden Wirtschaftssektors anhängig sind. Die Möglichkeiten der Aufhebung der Genehmigung entsprechen den hier bereits beim Tarifvertrag erwähnten

## Fazit

Das Jahr ist noch nicht zu Ende und es ist gut möglich, dass weitere Regelungen zu arbeits- und sozialrechtlichen Fragen getroffen werden.

Unserer Ansicht nach zeigen die geschilderten Änderungen die Notwendigkeit der Anpassung arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen in Krisenzeiten mit der Einschränkung der Gewährung von Leistungen, die die Sozialversicherung belasten, und mit einer größeren Flexibilität bei der Festlegung vertraglicher Regeln mit geringerer Beteiligung des Staates.

\* Autor der Publikationen *So geht's Einstieg in Brasilien und So geht's Arbeitsrecht in Brasilien*

**Stüssi-Neves Advogados\***  
 Rua Henrique Monteiro, 90 -  
 10º andar  
 05423-020 - São Paulo - SP/Brasil  
 T (+55) 11 3093 6612  
 F (+55) 11 3097 9130  
[www.stussi-neves.com](http://www.stussi-neves.com)

**Stüssi-Neves  
 Advogados**



**Julio Oliveira**  
julio.oliveira@br.pwc.com  
T (+55) 11 3674-2276



**Jeroen Peters**  
peters.jeroen@br.pwc.com  
T (+55) 11 3674 2437

**PricewaterhouseCoopers**  
Avenida Francisco Matarazzo,  
1400, Torre Torino - 12º andar  
05001-903 - São Paulo - SP/Brasil  
[www.pwc.com](http://www.pwc.com)



## Clarity on withholding tax for technical service fees paid to a treaty partner

On June 17 2015 the Brazilian tax authorities released a tax ruling confirming that payments to France for certain technical services should not be subject to withholding tax.

The Brazilian federal revenue authorities released Tax Ruling No. 153/2015 providing that amounts paid or credited to individuals or entities domiciled in France in consideration for certain technical services/assistance should not be subject to withholding tax.

By way of background, in June 2014, Interpretative Declaratory Act 5/2014 was released detailing the tax treatment applicable to payments made by Brazilian entities in relation to technical assistance and services (with or without transfer of technology) to a company located in a country with which Brazil has signed a double tax treaty (DTT). Broadly speaking, ADI 5/2014 provided that where the relevant DTT or protocol treats technical services and/or assistance as royalties or the service relates to the technical qualification of a person or a group of persons, payments should be governed by the article dealing with royalties or independent personal services (generally Article 12 or 14 respectively). In these cases, the Brazilian DTTs generally grant taxing rights to Brazil. In other situations, payments should be governed by the article dealing with business profits (generally Article 7) in which case, Brazil is prevented from taxing the profits of the foreign entity unless the entity carries on business in Brazil through a permanent establishment.

In the case of the ruling being considered, the DTT signed between Brazil and France does not treat technical services and/or assistance as royalties and the particular services provided were not considered to fall within the definition of independent personal services. On this basis, the RFB considered that the remittances in relation to the services provided should not be subject to withholding tax. The ruling confirmed that the payments should still remain subject to Contribuição de Intervenção de Domínio Econômico (CIDE) at the rate of 10%.

Alle Inhalte dieses Newsletters obliegen der Verantwortung der jeweiligen Autoren und wurden von diesen sorgfältig recherchiert.

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Inhalte übernimmt die Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer keine Gewähr.

**Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer São Paulo**

Rua Verbo Divino, 1488 - 3º andar  
04719-904 São Paulo - SP - Brasilien  
T (0055 11) 5187-5216  
F (0055 11) 5181-7013  
E [juridico@ahkbrasil.com](mailto:juridico@ahkbrasil.com)

[www.ahkbrasil.com](http://www.ahkbrasil.com)